

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordneter Volker Block
Vertreter Norbert Peter Brandt
Ausschussmitglied Susanne Kempcke
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld (bis 14.15 Uhr)

Mitglied CDU-Fraktion

Beigeordneter Uwe Heinemann
Vertreterin Anja Mandt
Ausschussmitglied Olaf Werner

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Beigeordneter Markus Bulla
Beigeordneter Dr. Günther Schulte (bis 16.00 Uhr)
Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner (bis 15.30 Uhr)

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Vertreter Andreas Tönjes
Ausschussmitglied Helga Weinstock (bis 15.45 Uhr)

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussvorsitzender Martin Burkhart
Stellv. Ausschussvorsitzender Michael von den Berg (bis 15.30 Uhr)

Mitglied AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriße (bis 15:30 Uhr)

Dezernent

Stadtbaurat Nikša Marušić

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Detlef Schön
Bürgermeisterin Astrid Zaage
Ausschussmitglied Petra Stomberg

von der Verwaltung

Vanessa Becker - Fachbereich Kommunikation & Koordination
Jörg Engesser - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt
Felix Pflanzner - Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement
Elke Schute - Fachbereichsleitung Wirtschaft und Regionalmanagement
Ilona Schröder, Protokollführung, Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement
Hafenkapitän Bernd K. H. Telschow - Fachbereich Bürgerangelegenheiten / Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Hafenkapitän Frank Kollakowski - Fachbereich Bürgerangelegenheiten / Öffentliche Sicherheit und Ordnung

als Gäste

Ratsmitglied Olaf Fischer (bis 15.30 Uhr)

Alexander Leonhardt - Geschäftsführer WFG

Stefan Schwanke – Projektleitung „Regionalmanagement Strukturwandel Kohleausstieg“, WFG

Dr. Eva Maria Haarmann

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 01.10.2024
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Strategie Wilhelmshaven/Friesland
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Vorstellung der Aufgabenschwerpunkte des FB Wirtschaft und Regionalmanagement
- 6.2 Sachstand Tourismuskonzept
- 6.3 Vorstellung des städtischen Hafenkapitäns und seiner Aufgaben
- 6.4 Budget- und Produktbericht zum 31.08.2024 - Teilhaushalt 303

279/2024

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Burkhart**, eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Herr Brandt und **Frau Mandt** gaben bekannt, dass sie in Vertretung an der Sitzung teilnehmen werden. Die Teilnahme von **Herrn Tönjes** als Vertreter von **Frau Stomberg** war bereits vor der Sitzung angekündigt worden.

Anschließend stellte **Herr Burkhart** die ordnungsmäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er betonte, die künftigen Sitzungen sollten möglichst wieder ab 15.00 Uhr stattfinden.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Vor Genehmigung der Tagesordnung teilte **Herr Marušić** mit, seitens der Verwaltung den TOP 3 zurückzuziehen, da es zum Protokoll vom 01.10.2024 Überarbeitungsbedarf gäbe. Die Genehmigung der Niederschrift solle in der Sitzung am 09.12.2024 nachgeholt werden.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 01.10.2024

Dieser TOP wurde zurückgezogen, siehe Protokollierung zu TOP 2.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Strategie Wilhelmshaven/Friesland

**279/20
24**

Herr Leonhardt führte aus, die Vorlage verdeutliche den Schulterschluss zwischen Wilhelmshaven und Friesland. Strategische Ziele sowie Projekte seien gemeinsam erarbeitet worden. Man habe den Ratsbeschluss im Hinblick auf die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie umgesetzt (nachrichtlich: Vorlage Nr. 209/2021 neu). Herr Leonhardt betonte, dass die bislang angebotenen Workshops als Angebot zur gemeinsamen Erarbeitung einer Strategie aufgefasst werden sollten. Es sei allen Beteiligten klar, welcher Aufwand sich ohnehin bereits hinter der Ratsarbeit verberge.

Die Strategie stelle einen Rahmen dar, die Entscheidungen würden Rat bzw. Kreistag treffen. Dafür stehe das neue Gremium, der Strategierat, allen Entscheidungsträgern beratend zur Seite und äußere Empfehlungen, welche in die Gremienbeschlüsse einfließen könnten. Im Anschluss entscheide der Rat wonach die Beschlüsse dann dem runden Tisch vorzulegen seien. Im Hinblick auf die Forderung, Doppelstrukturen abzuschaffen und zu vermeiden, könne der bisherige Lenkungsausschuss entfallen.

Herr Heinemann begrüßte die Findung der ehrenamtlichen Mitglieder des Strategierates. Er stellte die Frage an den OB und den Stadtbaurat, warum die Umstrukturierung nicht im Vorfeld mit den Ausschussvorsitzenden und den Mitgliedern des Lenkungsausschusses besprochen worden sei.

Zudem bat er um Auskunft, ob die Projekte aus dem Kohlestrukturfonds zeitkritisch seien.

Herr Heinemann bat zudem ausdrücklich um eine eindeutige Formulierung des Beschlussvorschlages und verwies auf die Vorlage, wonach z.B. unter III ebenfalls aufgeführt wurde, dass für die Umsetzung der Strategie auch über die im beigefügten Strategiedokument genannten Strukturen und Prozesse zu entscheiden sei. Dies wurde jedoch im Beschlusstext nicht genannt. Alle Änderungen und Ergänzungen, die hierzu besprochen werden, sollten protokolliert werden.

Außerdem erkundigte er sich danach, wann und wie die zwei Ratsmitglieder benannt würden, die dem Strategierat künftig angehören werden.

Herr Leonhardt teilte mit, dass für eine Entsendung in den Strategierat die bisherigen Ratsmitglieder des Lenkungsausschusses gewählt werden könnten, dafür sei seiner Ansicht nach ein entsprechender Beschluss notwendig. Die Projekte des Kohlestrukturfonds sehe er nicht als zeitkritisch an.

Herr Marušić ergänzte, dass die Besetzung in dem Strategierat in der Regel nach d'Hondt erfolge. Man wollte der Politik durch einen Vorschlag nicht vorgreifen. Sofern gewünscht, könne man eine entsprechende Empfehlung des Strategierates in die Vorlagen aufnehmen. Da in erster Linie ein Beratungsgremium einzurichten sei, seien die von Herrn Heinemann genannten Punkte bislang nicht explizit in die Vorlage aufgenommen worden, seien aber möglich. Die Beschlussvorlage sei, wie vom Förderprojekt Regionalmanagement Strukturwandel und der WFG vorbereitet, durch die Verwaltung eingebracht worden.

Herr Burkhart wies darauf hin, dass der Lenkungsausschuss seinerzeit durch die Vorsitzenden des Ausschusses für Planen und Bauen sowie dem Finanzausschuss besetzt wurden.

Herr Brandt bat um Auskunft, warum die Vorlage nicht dem RPA-Ausschuss und dem Personal- und Gleichstellungsausschuss vorgelegt wurde: es seien die Punkte Fachkräfte bzw. Vielfalt im Papier berücksichtigt. Er erkundigte sich, wann das Thema im PG behandelt werden könnte, da die heutige Sitzung in den Dezember verschoben wurde.

Herr Marušić teilte mit, dass diese Anregungen bereits aufgenommen und heute im Verwaltungsvorstand behandelt worden seien. Man wolle die Mitglieder des PG ebenfalls in den Ausschuss für Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss einladen. Das Vorgehen sei jedoch noch mit beiden Ausschussvorsitzenden abzustimmen.

Herr Tönjes erklärte, dass er bzw. die Gruppe noch kein abschließendes Votum habe, aber man sich intensiv mit der Vorlage auseinandersetzen wolle. Man könne sich die hier angedachten Strukturen durchaus vorstellen, eine Erhöhung der Ratsmitglieder im Strategierat sei für ihn wünschenswert.

Herr Bulla bedankte sich für die Ausarbeitung und begrüßte die damit vorgenommene Strukturierung. Es seien alle Änderungswünsche einzuarbeiten, bevor eine Beschlussfassung letztendlich durch den Kreistag erfolge, damit identische Beschlüsse herbeigeführt werden könnten.

Herr Block teilte mit, dass sich die SPD-Fraktion heute noch enthalten und man zunächst weitere Gespräche innerhalb der Fraktion führen wolle.

Frau Mandt begrüßte die Strategie, bemängelte jedoch, dass der Ortsrat Sengwarden in den Beteiligungsformaten nicht eingebunden gewesen sei.

Herr Schwanke wolle am 14.11.2024 im Ortsrat vorsprechen, wodurch die Mitglieder erste Informationen erhalten würden. Frau Mandt bat um Informationen über die bisherigen Ehrenämter der künftigen Strategieratsmitglieder bis zur nächsten Ratssitzung.

Herr Burkhardt bat um Auskunft, ob alle genannten Punkte in der Vorlage einzeln abzustimmen seien. Weiterhin stellte sich ihm die Frage, ob die seinerzeit entwickelten Handlungsfelder im Rahmen des Eckpunktepapiers Kohlestrukturfonds aus 2021 durch die neue Vorlage gestrichen würden.

Herr Leonhardt erwiderte, dass heute eine Empfehlung zu den Punkten I bis V für den Rat gegeben würde. Mit dem Beschluss würde das bisherige Eckpunktepapier, was eine vorläufige Arbeitsgrundlage dargestellt habe, aufgehoben.

Herr Schwanke ergänzte, das Eckpunktepapier würde zwar durch die neue Strategie ersetzt, an den Fördergebieten eins bis zehn habe sich jedoch nichts geändert und die Richtlinie würde dadurch auch nicht aufgehoben. Es würden alle Chancen auf Abschöpfung der Gelder bestehen bleiben.

Herr Heinemann bat um Auskunft, welche Folgen eine Vertagung in den Dezember, vor dem Hintergrund der Fristen des Kohlestrukturfonds, hätte.

Herr Leonhardt verneinte Auswirkungen einer Vertagung. Er betonte, dass ein regelmäßiger Austausch durch die WFG im Hinblick auf die anstehenden Strategien und Projekte bereits erfolge.

Herr Block erläuterte, dass eine Verschiebung in den Januar 2025 wg. der Haushaltsgespräche im Dezember sinnvoll sei und auch, um weitere Meinungen einzuholen.

Herr Dr. Weithöner wies auf den letzten Absatz der Seite 30 hin, wonach das Papier auch „atme“ und somit weiterhin angepasst werden und der Rat im Einvernehmen mit Friesland einwirken könne.

Herr Heinemann erläuterte seine Hinweise auf die Fristen des Kohlestrukturfonds: Das Land hätte immer wieder betont, man solle mit den Projekten voranschreiten, um diese umsetzen zu können bzw. Auszahlungen zu erhalten.

Herr Werner bedankte sich für das Strategiepapier, man solle sich umgehend auf den Weg machen.

Herr Burkhardt ließ über die gesamte Vorlage 279/2024 ohne Nennung der einzelnen Punkte abstimmen.

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wurde mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

- . Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt mit dem Landkreis Friesland die gemeinsame Strategie für die „Grüne Region am Meer“ (Anlage A). Sie basiert auf folgenden strategischen Zielen:
 1. Wir sind eine offene Gesellschaft mit einem starken Engagement für Mensch, Natur und Kultur.
 2. Wir erkennen relevante Transformationsprozesse und nutzen die sich daraus ergebenden Chancen.
 3. Wir sorgen für Lebensqualität, Wohlbefinden und touristische Erlebnisse.
 4. Wir sorgen für eine hochwertige und inklusive Bildung in der Region.
 5. Wir sorgen für Wertschöpfung in der Region und etablieren eine starke, nachhaltig agierende Wirtschaft.
 6. Wir verstärken die Zusammenarbeit in einer vernetzten und zugänglichen Region.
 7. Wir nehmen unsere besondere Verantwortung für das UNESCO-Weltnaturerbe Niedersächsisches Wattenmeer aktiv wahr.
 - . Benannte Projekte und Projektideen haben keine Bindungswirkung für den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven. Die Umsetzung der in den Handlungsfeldern benannten Leuchtturmprojekte ist vorrangig und prioritär zu prüfen.
 - . Für die Umsetzung der Strategie werden die im beigefügten Strategiedokument benannten Strukturen und Prozesse beschlossen. Notwendige Beschlüsse werden entsprechend in die Gremien eingebracht. Die Verwaltungen koordinieren in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH die Strategieumsetzung.
 - . Die Strategie gilt für einen Zeitraum von sechs Jahren. Im sechsten Jahr ist auf Basis einer Evaluation durch den Rat über eine Fortschreibung zu entscheiden
 - . Dem Strategierat gehören an:
 - Vorsitzende/r
 - Handlungsfeldverantwortliche
 - Projektleiter Regionalmanagement
 - Hauptverwaltungsbeamte Wilhelmshaven und Friesland
 - jeweils zwei Mitglieder der Fachausschüsse in Wilhelmshaven und in Friesland
- Für den Vorsitz und als Handlungsfeldverantwortliche werden für den Strategiezeitraum folgende Personen benannt:

Handlungsfeld	Verantwortliche/r
---------------	-------------------

Vorsitz	Dr. Eva Maria Haarmann
1 - Gesellschaft, Engagement und Zusammenhalt	Ali Kara-Ali
2 – Chancen der Transformation	Prof. Dr. Karsten Oehlert
3 - Lebensqualität, Gesundheit und Tourismus	Anke Hieronymus
4 – Wissenschaft, Bildung und Fachkräfte	Anke Theiler
5 - Wertschöpfung und Wirtschaft	Britta Bartels
6 - Mobilität und Verkehrswende	Hans-Bernd Kamps
7 - Verantwortung Weltnaturerbe	Michèle Gürth

Der Strategierat gibt sich eine Geschäftsordnung, welche den Gremien zur Kenntnis gegeben wird.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-Keine-

6 Mitteilungen und Anfragen

-Keine-

6.1 Vorstellung der Aufgabenschwerpunkte des FB Wirtschaft und Regionalmanagement

Frau Schute stellte die aktuellen Aufgabenschwerpunkte und Einflussfaktoren auf die Aufgabenwahrnehmung des Fachbereiches Wirtschaft und Regionalmanagement anhand einer Präsentation vor.

Herr Heinemann dankte für die ausführliche Darstellung der Aufgaben und bat um Auskunft, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (MA) im Fachbereich tätig seien und wie man Doppelstrukturen bzw. Doppelarbeiten im Hinblick auf die WFG vermeiden könne.

Frau Schute erläuterte, dass im Augenblick sieben Köpfe in dem Bereich arbeiten würden. Einige MA seien nicht mit vollem

Stundenumfang tätig und man käme, incl. einer befristet beschäftigten Projektmitarbeiterin, die über BIWAQ abgerechnet werde, insgesamt auf 6,5 Stellen. Seit 2023 sei ein Mitarbeiter für das Vorantreiben der Wilhelmshavener Projekte und Anliegen im Rahmen des Kohlestrukturfonds zuständig. Doppelarbeiten würden u.a. durch Abstimmungen mit der WFG und dem Regionalmanagement Strukturwandel Kohleausstieg vermieden.

Herr Werner bat um Auskunft, welche eigenen Fördermittel beantragt bzw. eingeworben wurden und welches Projekt besonders hervorzuheben sei. Die Schwierigkeiten im Hinblick auf die Einwerbung und Bearbeitung von Fördermitteln auf Landes- und Bundesebene seien bekannt.

Frau Schute verwies bezüglich eingeworbener Fördermittel u.a. auf die direkt eingeworbenen verschiedenen EU-Kofinanzierungszuwendungen sowie auf die mittelbare Unterstützung durch durchgeführten Beratungen und Fördermittelrecherchen als Service für alle Fachbereiche der Stadt. Eingeworben seien auch Fördermittel für verschiedene Verbundvorhaben, etwa die Wissens- und Technologietransferberatung und das regionale Fachkräftebündnis auf Ebene der JadeBay-Region.

Die Zukunftsregion JadeBay sei ebenfalls ein Gemeinschaftsprojekt, wofür ein eigenes Förderprojekt „Regionalmanagement Zukunftsregion JadeBay“ einzurichten war. Dies werde inzwischen oft im Rahmen von Förderprogrammen durch die Fördermittelgeber gefordert. Zudem sei in diesem Zuge ein Zukunftsbudget in Höhe von ca. sechs Millionen Euro eingeworben worden, welches in den nächsten Jahren zur Umsetzung von Zukunftsregionsprojekten eingesetzt werde. Oftmals seien die eingeworbenen Fördermittel nicht im Teilhaushalt des FB 03 zu finden, da sie in den Teilhaushalten der unterstützten Fachbereiche dargestellt würden.

Herr Werner dankte für die ausführliche Darstellung und bat ergänzend zum Vortrag um eine Aufstellung, aus der die Aufgaben und der Mehrwert des Fachbereichs für die Stadt hervorgehen.

Herr Bulla bat zudem um Auskunft, ob die Prozessabstimmung und Arbeitsaufteilung zwischen dem FB 03 und der WFG inzwischen erfolgen konnte. Vom früheren Rat sei ursprünglich angedacht gewesen, nur noch die hoheitlichen Aufgaben durch den Fachbereich durchführen zu lassen. Er bat daher, neben den hoheitlichen Aufgaben auch die Aufgabenzuwächse darzustellen.

Herr Block bedankte sich ebenfalls für die Ausführungen und bat ergänzend um Erstellung einer Übersicht für eine der kommenden Sitzungen, woraus die Aufgaben und Projekte hervorgehen sollen.

Herr Heinemann erklärte, er sehe den Fachbereich als Stabsstelle für wirtschaftliche und Regionalmanagementaufgaben. Er fragte, woher die tägliche Arbeit komme, wer auf sie zugreife und konkrete Aufgaben erteile.

Frau Schute erläuterte, dass die Aufgaben sowohl aus Richtung von Rat und Dezernentenebene kämen oder auch aus der Zusammenarbeit mit Fachbereichen, Eigenbetrieben, Gesellschaften und Beteiligungen entstünden.

Herr Marušić ergänzte, Frau Schute stelle die Kontinuität in der Verfolgung und Unterstützung der Programme sicher, z.B. habe der kurzfristig benötigte formale Antrag für die Marion-Dönhoff-Schule in Zusammenarbeit zwischen GGS und Frau Schute in entsprechender Zeit erstellt werden können. Beratungsleistungen und Informationen für Gremien und OB werden durch den Fachbereich gewährleistet.

Herr Burkhart fragte, ob die Fördermittelrecherche kontinuierlich durchgeführt werde oder ob die Fachbereiche aktiv auf den FB 03 zukommen müssten.

Frau Schute teilte mit, dass es sowohl eine kontinuierliche Grundinformation als auch auf Anforderung Einzelberatungen und konkrete Fördermittelrecherchen gäbe. Sie verwies auf das Gemeinschaftsprojekt Euro-Office, wodurch auf aktuelle Fördermöglichkeiten aufmerksam gemacht würde. Diese würden durch einen Infodienst allen Fachbereichen als Serviceleistung des FB 03 zur Verfügung gestellt. Es gäbe bislang keinen „Benutzungszwang“ für eine vorherige Prüfung auf Fördermöglichkeiten von Projekten. Sofern dies bei allen Projekten durchgeführt werden solle, wäre auch eine andere personelle Ausstattung des FB 03 notwendig.

Herr Tönjes dankte für den Vortrag. Er freue sich auf die Ausarbeitung. Er bat um den Vortrag und den Budget- und Produktbericht als Anlage zur Sitzung.

Herr Burkhart dankte für die Informationen und schloss den TOP.

6.2 Sachstand Tourismuskonzept

Frau Becker stellte Sachstand des Tourismuskonzeptes anhand ihrer Präsentation vor.

Herr Bulla dankte für die Präsentation. Er fragte, ob man in den

Workshop 1 direkt den Input der Tourismusfachleute (DEHOGA) einfließen lassen könne, da die Fachleute für den zweiten Workshop vorgesehen seien. Er bat um Auskunft, ob Frau Becker organisatorisch eine andere Zuordnung erfahren habe.

Frau Becker erklärte, sie sei nach wie vor dem FB 13 zugeordnet. Die Zusammensetzung der Workshops sei bewusst gewählt worden. Für den zweiten Workshop sei die Teilnahme der DEHOGA vorgesehen.

Herr Bulla bat um Auskunft, welcher Kreis dem ersten Workshop zugeordnet wurde.

Frau Becker teilte mit, dass WTF und WFG vorgesehen seien. Das von ihr für die Workshops erarbeitete Konzept sehe zunächst die Bearbeitung der bisherigen Themen vor. Im zweiten Workshop wolle man sich neuen Maßnahmen widmen.

Frau Mandt bat um eine offizielle Stellungnahme in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse des Wohnmobilstellplatzes Schleuseninsel und um eine deutliche Klarstellung, dass es sich nicht um ein städtisches Grundstück handele.

Herr Marušić erläuterte, das NPorts Eigentümer der Fläche sei und bereits neue Verträge mit dem künftigen Pächter geschlossen habe. Es handele sich um den Betreiber des Hotels am Fliegerdeich.

Herr Werner fragte, wie eine Dopplung der Themen im Rahmen der Workshops zu vermeiden sei.

Frau Becker erläuterte, dass die Workshops verwaltungsseitig vorbereitet wurden. Man habe sich im ersten Schritt auf die bisherigen Themen des Konzeptes fokussiert und wolle im zweiten Workshop offen sein für neue Themen und Projekte (auch der TANO).

Herr Dr. Weithöner schlug vor, die Protagonisten mit einem entsprechenden Netzwerk bereits im ersten Workshop teilnehmen zu lassen, um doppelte Strukturen zu vermeiden.

Herr Burkhart bat Frau Becker, die Punkte mit in die Verwaltung zu nehmen, um den Ablauf der Workshops nochmals zu diskutieren und schloss den TOP.

Herr Telschow stellte sich, seine Tätigkeiten und Zuständigkeiten als Hafenkapitän anhand einer Präsentation vor.

Herr Heinemann dankte für die Ausführungen und bat um Auskunft, ob eine ausreichende Versicherung für das Objekt im Kanalhafen bestehe.

Herrn Telschow lagen dazu keine belastbaren Angaben vor.

Herr Brandt bat um Auskunft, ob es für die Anlage der Marine im großen Hafen eine finanzielle Leistung gäbe.

Herr Telschow bezweifelte dies. Grundsätzlich gebe es einen Hafenauseinandersetzungsvertrag womit festgelegt sei, wem welche Hafenfläche gehöre. Die Anlage solle noch nicht aufgegeben werden, um eine Ausweichmöglichkeit gegenüber dem Standort in Kiel zu haben. Eine Behinderung im großen Hafen bestehe durch die Anlage nicht.

Herr Moriße dankte für die Informationen. Er erkundigte sich, ob eine Möglichkeit bestünde, das im Kanalhafen liegende Boot zu entsorgen.

Herr Telschow bezweifelte, dass dies aufgrund zu erwartender hoher Entsorgungskosten machbar sei. Das Boot müsse in einer Anlage fachmännisch entsorgt werden.

Herr Werner verwies auf das Thema der Schleusenöffnungen und bat zudem um Auskunft, ob es bei dem Boot keine anderen Möglichkeiten im Hinblick auf „Gefahr im Verzug“ gäbe und ob die Pontons an der Wiesbadenbrücke für eine Ertüchtigung in einem guten Zustand seien.

Herr Telschow erläuterte, dass er für das Boot außer einer fachgerechten Entsorgung keine andere Möglichkeit sehe. Hinsichtlich der Pontons sei eine Wartung bzw. gutachterliche Prüfung notwendig. Bislang würde in regelmäßigen Abständen eine solche von Spar & Bau durchgeführt.

Herr Brandt bat um Auskunft, wer für die Kosten einer etwaigen Kollision mit bzw. bei der Deichbrücke aufkommen müsse.

Herr Telschow teilte mit, dass es die Verpflichtung des Verursachers sei, für den Schaden aufzukommen.

Herr Burkhart dankte Herrn Telschow für die Informationen und schloss den TOP.

Frau Schute stellte den Budget- und Produktbericht für den FB 03 anhand ihrer Präsentation vor.

Die Ausführungen wurden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Herr Burkhardt dankte für die Informationen und schloss den TOP.

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung um 16.12 Uhr

Marušić
Dezernent

Burkhardt
Vorsitzender

Schröder
Protokollführerin